

## Grund-Bildung für alle

### 1. Aktuelle Situation – Bildungsorte mit programm- und angebotsorientierter Komm-Struktur

Der öffentliche Auftrag der Volkshochschulen ist darauf ausgerichtet, Bildung für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Dazu gehören auch bildungsbenachteiligte und bildungsungewohnte Milieus. Mit der überwiegenden Anzahl ihrer bisherigen Angebote erreichen die Volkshochschulen allerdings - wie andere Weiterbildungsträger auch - hauptsächlich diejenigen Personen, die ohnehin bereits Interesse an Bildung haben. Auch Kooperationen mit Museen, Theatern und anderen Bildungseinrichtungen sind vorzugsweise auf diese Zielgruppen hin ausgerichtet. Bei ihrer Programmplanung konzentrieren sich die Volkshochschulen also besonders auf Zielgruppen, die weitgehend selbstmotiviert lernen, positive Lernerfahrungen mitbringen und in der Regel die finanziellen Möglichkeiten haben, die Kursangebote wahrzunehmen.

Die so praktizierte programm- und angebotsorientierte „Komm-Struktur“ wird dem Bildungsauftrag der Volkshochschulen nicht vollständig gerecht, weil sie Menschen nicht erreicht, die aus den unterschiedlichsten Gründen, von der besonderen Lebenslage bis zur individuellen Bildungsgeschichte, keinen Zugang zum lebenslangen Lernen finden. Für sie ist der Weg in eine Bildungseinrichtung zumindest erheblich erschwert, etwa weil sie die fehlenden Kenntnisse als Makel empfinden oder bislang negative Lernerfahrungen gemacht haben. Hinzu kommt, dass Menschen mit Grundbildungsbedarf in der Regel nur über geringe finanzielle Möglichkeiten verfügen. Nicht zuletzt sind sowohl die bisherigen Bildungsformate als auch die Bildungsinhalte nicht auf Menschen in besonderen Lebenslagen abgestimmt.

Entsprechend zielen die Struktur und das Marketing des vhs-Angebots in den einzelnen Fachbereichen ebenfalls auf bildungsaffine Schichten. So ahnt man ohne Vorwissen kaum, was sich hinter "Politik und Gesellschaft" verbirgt und ob diese Themen eigenen Interessen entsprechen. Das Angebot wird aber regelmäßig über den Kursinhalt beworben und ist nicht ausreichend von den Adressaten her konzipiert. Besonders deutlich wird das bei Ausschreibungstexten, die für Menschen mit geringer Lese- oder Sprachkompetenz nur sehr schwer zu entschlüsseln sind. Im Übrigen sind Mitarbeitende und Kursleitende in der Weiterbildung derzeit noch kaum als Lern-Mediatoren ausgebildet, die den Menschen, nicht den Kursinhalt in den Vordergrund stellen.

Ein weiteres Erschwernis liegt in der Programmstruktur der Volkshochschulen: In vielen Einrichtungen ist die Zuständigkeit für den Bereich der Grundbildung nicht eigenständig geregelt; sondern als „Auch- bzw. Nebenher-Verantwortung“. Es fehlen die personellen Ressourcen, um die Grundbildung in Volkshochschulen systematisch zu etablieren. Den notwendigen Mehraufwand bei der Kursplanung, der Akquise und der Betreuung der Kursteilnehmenden ist derzeit ausschließlich durch Projektmittel zu finanzieren, wobei ein kostendeckendes Arbeiten in diesem Bereich auch dann ausgeschlossen ist.

Sowohl zu den Teilnehmenden der Volkshochschulen als auch zu den Nicht-Nutzer\*innen liegen nur begrenzt aussagekräftige Daten vor. Es fehlen etwa Daten zur kulturellen Identität, zum Bildungsabschluss oder zum wirtschaftlichen Hintergrund. Damit zusammen hängt auch ein Mangel an evidenzbasiertem Wissen über die Gründe für eine Nichtteilnahme am Bildungsangebot der Volkshochschule. Ohne solche Daten ist eine zielgerichtete Maßnahmenplanung zur Gegensteuerung schwierig.

Die genannten Hürden machen die Entwicklung hin zur „Grund-Bildung für alle“ nicht gerade leicht, müssen jedoch genommen werden, um der Bildungsspaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Und wer, wenn nicht die Volkshochschulen, sollte sich dieser Herausforderung stellen?

## **2. Perspektiven – Bildungsorte mit Grundbildung und aufsuchender Bildungsarbeit**

Damit Weiterbildung wirklich bei allen Menschen ankommt, muss sie weiterentwickelt werden. Der erste Schritt dieser Weiterentwicklung muss „Grund-Bildung für alle“ in jedem Programmbereich realisieren.

Dazu bedarf es zunächst eines grundlegenden Strategiewechsels in der Bildungsarbeit weg von der klassischen „Komm-Struktur“ hin zu einer „Geh-Struktur“. Die Bildungseinrichtungen müssen dorthin gehen, wo sich die Zielgruppen befinden. Gerade bezüglich des Kursortes sollten Planende wie Kursleitende in der Lage sein, flexible Entscheidungen zu treffen. Die Angebote müssen primär an den Orten durchgeführt werden, die auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden abgestimmt sind. Andererseits muss bedacht werden, dass es Gruppen gibt, die in Einrichtungen leben und für die es gerade aus diesem Grund attraktiv sein kann, den Ort zu wechseln und die Volkshochschule zu besuchen.

Dieser Strategiewechsel erfordert außerdem langfristige Beziehungsarbeit statt kurzfristiger Event-Orientierung. Entscheidend müssen die mit den Betroffenen ermittelten tatsächlichen Lernbedürfnisse sein, nicht ein unterstellter Bedarf. Diese Vorgehensweise eröffnet ungeahnte Freiräume bei der Gestaltung von Lernarrangements, verlangt den Lehrkräften jedoch auch viel didaktisches Geschick ab, da kaum vorproduzierte Unterrichtsmaterialien und -verfahren eingesetzt werden können. Deshalb muss zielgerichtet in die entsprechenden Kompetenzen der Mitarbeitenden und der Kursleitenden investiert werden. Dafür bedarf es geeigneter Fortbildungsangebote, wie zum Beispiel Sensibilisierungsfortbildungen, Fortbildungen in „Einfacher Sprache“, in der Basisqualifizierung „ProGrundbildung“ etc., die konsequent eine von den Bedürfnissen des Menschen ausgehende Herangehensweise fördern.

Der Zugang zu den zukünftigen Teilnehmenden kann nur gelingen, wenn soziale Kontakte zu den Zielgruppen bestehen. Das bedeutet, die Bildungsplaner\*innen benötigen Kooperationen und/oder Schlüsselpersonen, die als Bindeglied zu den anzusprechenden Menschen fungieren und die auch die Arbeit mit den Lernenden selbst unterstützen. Für diese Kontaktarbeit müssen ausreichend personelle Ressourcen vorgehalten werden, die sich nicht herkömmlichen Kosten-Nutzen-Relationen fügen.

Eine weitere Zugangshürde können die Kosten für die Kursteilnahme (einschl. Fahrtkosten) sein. Deswegen müssen bei jedem Kurs die finanziellen Möglichkeiten der Teilnehmenden von Anfang an in die Kostenkalkulation mitaufgenommen werden. Daneben ist eine besondere öffentliche Förderung dieser Kursangebote notwendig.

Auch die Formate der Bildungsangebote müssen besonders abgestimmt werden: Offene Kursangebote, bei denen die Teilnehmenden die Bildungsinhalte selbst bestimmen können, werden meist besser angenommen als herkömmliche Kursangebote mit vorbestimmten Lerninhalten. Dabei muss es das vordringliche Ziel sein, bei den Teilnehmenden eine Disposition zum Lernen anzubahnen und die Auswahl curricularer Inhalte und Ziele nicht heteronomen Zweckbestimmungen – etwa der Hebung von personellen Reserven für den Arbeitsmarkt – zu unterwerfen. Im Gegenteil gilt es, in eine partizipative, am unmittelbaren Nutzen für die Teilnehmenden orientierte Programmplanung einzusteigen und dabei auch die erlernte pädagogische Bevormundung abzulegen, die uns wissen lässt, was die sogenannten „Bildungsbenachteiligten“ oder „gering Literalisierten“ brauchen. Erfolgs- bzw. Selbstwirksamkeitserlebnisse sind am ehesten dann zu erwarten, wenn Anliegen bearbeitet werden, die für die Teilnehmenden einen hohen subjektiven Stellenwert haben. Diese müssen sich nicht mit den von Bildungsprofis identifizierten Problembereichen decken; vielmehr müssen Bildungsformate für die Nutzer\*innen mit einem konkreten, erkennbaren und möglichst kurzfristig realisierbaren Nutzen verknüpft sein, also einen Bezug zur konkreten Lebenswelt aufweisen.

Doch wer sind überhaupt die Zielgruppen der sogenannten „Bildungsbenachteiligten“? Sollen Kurse nach ihren Bedürfnissen konzipiert werden, ist die Beantwortung folgender Fragen unumgänglich:

Was zeichnet die Menschen aus, die wir erreichen wollen? Was motiviert sie? Was haben sie gemeinsam? Gibt es Zielgruppenmodelle, die für die Weiterbildung besonders gut passen? In einem nächsten Schritt gilt es herauszufinden, was diese Zielgruppen konkret daran hindert, Kursangebote an Volkshochschulen wahrzunehmen. Eine große Rolle spielt häufig schon der Name „Volkshochschule“, weil potentielle Teilnehmende damit das traditionelle Schulsystem in Verbindung bringen, an dem sie nicht selten gescheitert sind.

Bei aller Bedeutung, die der Zielgruppendefinition beigemessen wird, muss aber gerade in der Erwachsenenbildung auch diskutiert werden, ob eine zu genaue oder zu enge Definition von Zielgruppen der Teilhabe und Begegnung nicht abträglich ist, weil sie ausschließende Wirkung haben kann. So ist eine alleinige Fokussierung auf die sogenannten defizitären Randgruppen in Anbetracht des Risikos der Stigmatisierung sicher nicht hilfreich. Volkshochschulen sollten vielmehr dazu beitragen, Hürden abzubauen sowie in unserer Gesellschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass „Bildung von Grund auf“ alle angeht und neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch Angebote aus dem digitalen, finanziellen, politischen, gesundheitlichen, kulturellen, sozialen und beruflichen Bereich umfassen muss. Auch Lernhilfe- oder Ferienangebote für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien können hier miteinbezogen werden, da diese ebenfalls den Weg zu den Eltern, die Grundbildungsangebote benötigen, ebnen können. Eines ist jedenfalls sicher: Nur ein umfassendes Grundbildungsangebot kann die sogenannten „Bildungsbenachteiligten“ dazu befähigen, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren und eigenverantwortlich zu handeln sowie Übergänge schaffen: Sei es zum Erwerb eines Hauptschulabschlusses, der wiederum als Basiselement des Zweiten Bildungsweges gilt, oder zur Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Oder besser noch: zum lebenslangen Lernen.

### 3. Fazit

a) Um dem Ziel: „Grund-Bildung für alle“, deutlich näher zu kommen, sind die **Volkshochschulen** vor allem aufgefordert:

- Zur Weiterentwicklung ihrer traditionellen Strategien der Teilnehmendengewinnung hin zur aufsuchenden Bildungsarbeit. Dafür sind Kooperationen auf- und auszubauen, Personal fortzubilden, Zielgruppen zu definieren sowie neue Bildungsformate und -orte zu entwickeln und zu erproben.
- Ihre Grundbildungsabteilungen, die sich häufig auf Angebote zum Lesen, Schreiben und Rechnen beschränken, im Sinne des erweiterten Grundbildungsbegriffs breiterer aufzustellen. Dies gelingt, wenn Grundbildung als Querschnittsaufgabe verstanden wird, die Angebote aus allen vhs-Programmbereichen umfasst. Wenn Volkshochschulen bereit sind und den Mut haben, diesen neuen Weg entschlossen zu beschreiten, kann es ihnen gelingen, Politik und Gesellschaft auf den Bedarf aufmerksam zu machen und im Bereich der Grundbildung in eine Vorreiterrolle zu gelangen.

b) Der **Volkshochschulverband** steht insbesondere in der Pflicht:

- In fachlicher Hinsicht durch Fortbildungsangebote bei den hauptberuflichen vhs-Mitarbeitenden wie bei den Kursleitenden jene Kompetenzen und jene Flexibilität zu entwickeln, die aufsuchende Bildungsarbeit erfordert.
- Politisch obliegt es ihm, hinsichtlich des Themas das notwendige öffentliche Bewusstsein zu schaffen.

c) Der **Landespolitik** kommt es zu:

- Die Regelförderung der Weiterbildung auf den erhöhten Bedarf aufsuchender Bildungsarbeit insbesondere an personellen und zeitlichen Ressourcen einzustellen, die finanziellen Zugangsbarrieren für die Teilnehmenden abzubauen und die notwendigen Fortbildungen zu fördern.
- Bildungsforschung anzuregen, die regelmäßig die erforderlichen Daten zu Teilnehmenden und Nicht-Nutzer\*innen von Bildungsprogrammen erhebt und auswertet.

„Grund-Bildung für alle“ ist und wird gewiss kein Kinderspiel. Auf lange Sicht wird sich der skizzierte Weg aber auszahlen: für unsere Gesellschaft, die sich bemüht, niemanden von der Teilhabe an ihr auszuschließen und für die Volkshochschulen, die von den eingegangenen Kooperationen, den neu gewonnenen Erkenntnissen sowie den ausgebildeten sozialen Kompetenzen in allen Abteilungen ihrer Arbeit profitieren wird. Machen wir also den ersten Schritt!

*Im Mai 2020*

*Jörg Althen (vhs-Karlsruhe)  
Katja Deigendesch (vhs-Verband)  
Dr. Nicole Deufel (vhs Aalen)  
Dr. Hermann Huba (vhs-Verband)  
Helga Hufnagel (Abendakademie Mannheim)  
Sabine Käser-Friedrich (vhs Herrenberg)  
Dr. Michael Lesky (vhs-Verband)  
Wolfgang Nagel (vhs Stuttgart)*